

sitiv beantworten zu können (44). *Ulrich* (277) wie auch *Elsinger* (292) sind in ihren Arbeiten zur Rolle Chinas in Afrika beziehungsweise zur Entwicklungspolitik der BICs skeptischer – obwohl sie die Unterschiede zu westlichen Strategien durchaus herausarbeiten. *Nölke* geht einen Schritt weiter und unterscheidet systematisch zwischen rhetorischer Dissidenz vom Washington Consensus und dessen Akzeptanz in global agierenden Institutionen wie der Weltbank, der WTO (wo der weltgrößte Agrarexporteur Brasilien einen liberalen Kurs fährt), der G20 und dem IWF (415ff.).

Diese Beiträge sind anregend und laden zur Diskussion ein. Zudem kann man von *Ulrich* noch lernen, dass China in Afrika nicht nur mit offenen Armen empfangen wird. Die ärmlichen Löhne, die chinesische Firmen bezahlen, und die chinesischen Arbeiter, die sie mitbringen, sind Anlass von Kritik und Protest. Zu China ist auch der Beitrag von *Ten Brink* sehr interessant, der die Effizienz des chinesischen Etatismus thematisiert. Genau wie der ebenso interessante Beitrag von *May* zur kapitalistischen Kultur in den BICs leidet der Text von *Ten Brink* aber an seiner Kürze (im Durchschnitt sind die Beiträge kürzer als 20 Seiten). So ist kaum Platz gegeben, um auf das Verhältnis von Etatismus und Klientelismus einzugehen. Unterminiert Letzterer nicht die Effizienz des Ersteren? *May* schreibt von Klientelismus als dem Schmieröl in der Entwicklungsmaschinerie (90ff.), aber die wichtige Frage, wann und wo dieser positive Aspekt in einen hemmend-negativen umschlägt, wird nicht erörtert. Neben diesen lesenswerten gibt es einige eigenartige Beiträge. Ein Autorenquartett analysiert den Aufstieg neuer Mittel-

schichten – unter anderem wegen ihres demokratischen Potenzials – und fragt, ob es eine neue globale Mittelschicht geie. Antwort: Dazu sind die nationalen Unterschiede zu groß. War das unbekannt? Oder nehmen wir *Lederer*, der zur Macht des Südens in der globalen Klimapolitik schreibt. Sein theoretischer Ansatz – die Unterscheidung von instrumenteller, struktureller und diskursiver Macht – ist wegweisend, aber empirisch enttäuscht sein Text. Das äußerst eingeschränkte Bekenntnis zum Klimaschutz ist noch kein alternativer Diskurs, und dass Obama sich während der Klimakonferenz von 2009 in Kopenhagen eher zu den Schwellenländern als zur EU gesellte (319), ist kein Indikator eines neuen Weges, sondern reflektiert die ablehnende Haltung der USA in dieser Thematik. Nachdem Clinton 1997 das Kyoto-Protokoll unterzeichnet hatte, lehnten 97 der 100 US-Senatoren das Abkommen ab. Obama hätte kaum anderes erwarten lassen können. Insgesamt ist der Sammelband sehr informativ, und einige Beiträge sind herausfordernd und wegweisend.

*Uwe Becker*

Vatter, Adrian. *Das politische System der Schweiz*. Baden-Baden. Nomos 2014. 589 Seiten. 29,99 €.

Die Schweiz gilt häufig als stabile Ordnung par excellence – ein Land mit einer über 700-jährigen demokratischen Tradition muss Mechanismen besitzen, die in jeder Wetterlage funktionieren. Indes unterzog das Alpenvolk seine Verfassung von 1848 (bis 2012) genau 165 Teilrevisionen. Vor allem die Staats- und Wirtschaftsordnung, die Hoheit über Infrastruktur und öffentliche Finanzen

unterliegen beständigem Wandel, wie *Adrian Vatter* in einer Übersicht belegt (400). Infolge der Totalrevision vom 18. April 1999 waren kurzfristig (bis etwa 2005) weniger Änderungen zu verzeichnen. Seither nimmt die Revisionsfreude wieder zu. Schon Gottfried Keller schreibt in seiner Erzählung „Die Leute von Seldwyla“ über die Schweizer: „Sie sind nämlich leidenschaftliche Parteileute, Verfassungsrevisoren und Antragsteller, und wenn sie eine recht verrückte Motion ausgeheckt haben und durch ihr Großratsmitglied stellen lassen, [...] so weiß man im Lande, dass im Augenblicke dort kein Geld zirkuliert.“ Das politische System der Schweiz, wie *Vatter* es vorstellt, firmiert keineswegs als gelangweilter Finanzplatz. Der Politologe, Ordinarius in Bern, Föderalismus-Experte und Theoretiker einer partizipativen Risikopolitik, versteht es, Grundlinien der Politik anschaulich darzustellen, detaillierte Forschungsergebnisse einzubeziehen und Fragen für den akademischen Unterricht dabei nicht zu vernachlässigen. Ein Einwand sei vorausgeschickt: Jenes charakteristische Verhalten der Schweizer, das *Vatter* in Politikfeldanalysen wie zum „Minarettverbot“ von 2011 differenziert zu erläutern vermochte, bleibt in dem gewichtigen Band blass. Nach einer umfangreichen Einleitung präsentiert *Vatter* die Verästelungen des Regierungssystems in zehn Abschnitten und einem vergleichenden Ausblick. Als „roter Faden“ fungieren die Stichworte der Konsensdemokratie und einer parlamentarischen Hybridordnung mit Kollektiv-Exekutive; *Vatter* nennt die Schweiz nach Shugart/Carey ein „System der versamlungsunabhängigen Regierung“ (41). Das eidgenössische Wahlsystem, das (auf Bundesebene) eine „unreine“ Verhältniswahl mit variieren-

der Wahlkreisgröße vorschreibt, ordnet *Vatter* in eine Riege mit Belgien, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, differenziert indes nach Disproportionalitätsgrad – die Schweiz landet dabei nahe bei den kompensatorischen Mischsystemen Deutschland und Neuseeland (87). Das Parteiensystem wird mit seinen diachronen Konfliktlinien vorgestellt; die Volatilität hat 2011 eine Höhe erreicht wie zuletzt 1939 (117). Die schweizerischen Parteien können im Vergleich eine beständig niedrige Wählerschar zur Abstimmung mobilisieren – Italien und (an zweiter Stelle) Deutschland weisen hingegen hohe Beteiligungsraten auf (135). Verbände in der Schweiz unterliegen einer starken Pluralisierung; *Vatter* begrüßt die Abnahme „korporatistischer Hinterzimmerkompromisse“ (195). Das stabile Departementalprinzip im Bundesrat führe zu einer oft selektiven Problempflichtwahrnehmung, verstärkt durch zuweilen falsche Anreize aufgrund des Interesses der Medienöffentlichkeit – nach dem Motto: Ist ein Thema sexy? *Vatter* belässt es nicht bei Aussagen zur Regierungstätigkeit; Ämter werden einzeln gewürdigt (abgesehen von den Nachrichtendienstern). Einen Weg vom Miliz zum Halbberufsparlament, zugleich vom Rede- zum Arbeitsparlament, hat der Schweizer Nationalrat hinter sich. Die „unheilige Allianz“ von SPS und SVP trat selten ein, fand aber viel Beachtung, da sie wichtige Gesetzesvorhaben scheitern ließ (273). In den kantonalen Parlamenten rangiert – hier dokumentiert *Vatter* sein Forschungsinteresse – die Wahl- deutlich vor der Kontrollfunktion; die Exekutivdominanz liegt vor allem in direktdemokratischen Elementen begründet. Eine mäßige Aufgabe erfüllt der Ständerat, eine „föderal-konservative Opposition

gegen die liberal-radikale Mehrheit“ (311). Er ist im Zweikammersystem unter anderem für den Schutz von Minderheitsansichten zuständig. Berühmtberühmt ist die Schweiz für ihre direkte Demokratie, eine gar nicht so alte Tradition: So besteht beispielsweise erst seit 1949 ein resolutives Referendum, das Bundesbeschlüsse nachträglich aufzuheben vermag. Die 2003 eingeführte allgemeine Volksinitiative wurde bereits 2009 wieder abgeschafft. Ein starkes Kapitel ist *Vatters* Einschätzung des Wirkens direkter, materieller Beteiligung auf die Staatstätigkeit: Er folgt der verbreiteten Annahme eines Bremseffekts, er attestiert den Volksrechten nicht die teilweise in der Literatur konstatierte Funktion eines „Gaspedals“ (363), auch nicht in den Kantonen (366). Es gibt keinen „Robin-Hood-Effekt“ zugunsten stärkerer Umverteilung, hingegen den Effekt der kurzfristiger Konfliktregulierung („Ventil“). Trotz hoher Kosten erzeuge die direkte Demokratie eine bessere Information und eine höhere Lebenszufriedenheit der Bürger als eine rein repräsentative Demokratie (372). Policy-Stabilität verbinde sich mit Innovationsfähigkeit. Im Kapitel zum Föderalismus unterstreicht *Vatter* die Balance zwischen kantonaler Freiheit (zur Organisation, die keiner Kontrolle unterliegt) und dem zentral geregelten Finanzausgleich (435). Manche Kantone haben übrigens nie eine Bundesverfassung (weder die von 1848, die von 1874, noch die veränderte von 1999) angenommen (401). Interkantonalen Vereinbarungen misst der Autor hohe Bedeutung bei. In Streitsachen ist das Bundesgericht zuständig, das – wie viele oberste Gerichte weltweit – unter steigender Arbeitsbelastung leidet (482). In den letzten Jahren ist eine Zunahme politikgestaltender Urteile zu verzeich-

nen, etwa zum Einbürgerungsverfahren (502), wie sie auch in Deutschland mehr und mehr vorkommen. Über die – historisch bedingte – europakritische Mentalität vieler Schweizer erfährt der Leser nichts. Beim internationalen Vergleich hätte sich der Rezensent Hinweise zu der Idee gewünscht, die Schweiz als Bild eines europäischen Staatsgedankens zu sehen. Der Ablösungsvorbehalt der eidgenössischen Bundesverfassung („Revisionsermächtigung“) müsste dem vielerorts angemahnten Legimitätsdenken zupasse kommen. Um *Vatters* Kompendium, das durch mehrere Register und Verzeichnisse leicht zu erschließen ist, kommt die mit der Schweiz befasste akademische Welt nicht herum; die Öffentlichkeit mag sich ein knapperes Werk gewünscht haben.

*Sebastian Liebold*

Mazower, Mark. *Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte 1815 bis heute*. München. Verlag C.H. Beck 2013. 464 Seiten. 27,95 €.

„Die Idee einer Weltregierung ist ein Traum von gestern“ (430) – mit dieser Diagnose ganz am Ende seines Buches resümiert der in New York lehrende Historiker seine Geschichte der Vorstellung von einer Regierung der Welt. Er beschränkt sich dabei auf die durch intellektuelle Kreise und internationale Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert beobachtbaren Versuche, Modelle koordinierter Herrschaft zu formulieren und umzusetzen. Es sind unterschiedliche Internationalismen, so die Grundthese des Buches, die hier historisch aufeinander folgen, sich überlagern und teilweise auch in scharfem Gegensatz zu einander stehen. Eher im-